

Technikentwicklung, gesellschaftlicher Wandel und Sozialpolitik

Heinze, Rolf G.; Gretschmann, Klaus

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Heinze, Rolf G. ; Gretschmann, Klaus: Technikentwicklung, gesellschaftlicher Wandel und Sozialpolitik. In: Friedrichs, Jürgen (Ed.) ; Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS) (Ed.): 23. Deutscher Soziologentag 1986: Sektions- und Ad-hoc-Gruppen. Opladen : Westdt. Verl., 1987. - ISBN 3-531-11864-1, 205-209.. <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-149426>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Technikentwicklung, gesellschaftlicher Wandel und Sozialpolitik

Rolf G. Heinze (Paderborn), Klaus Gretschmann (Köln)

Die Folgewirkungen des technischen Wandels, oder - spezifischer - der neuen Technologien, auf die Sozialpolitik sind in der Literatur bislang kaum behandelt worden. Daß neue Technologien aber auch auf die sozialen Sicherungsinstitutionen einwirken, hängt nicht zuletzt mit ihrer Arbeitsmarktzentriertheit zusammen. Allerdings fällt eine eindeutige sozialpolitische Bewertung sowohl durch die Vielfalt der in Frage stehenden neuen Technologien als auch durch die empirischen Wissenslücken im Bereich der Technologiefolgenabschätzung generell sehr schwer.

Traditionelle soziale Sicherung, wie sie sich in den institutionellen Formen von Arbeitslosenversicherung (ALV), Rentenversicherung (GRV) und Krankenversicherung (GKV) widerspiegelt, macht den Lohnarbeitstatbestand zur Voraussetzung des Sicherungsanspruchs: Nur wer Lohnarbeitet, zahlt Beiträge und erwirbt Ansprüche. Angesichts dieser Grundkonstruktion lassen sich folgende Vermittlungsketten zwischen den neuen Technologien und der Sozialpolitik aufzeigen (vgl. zur detaillierten Analyse Gretschmann/Heinze 1985):

- Mengeneffekte der Beschäftigung

Das offensichtlichste Problem der neuen Technologien für die soziale Sicherung ist die Verminderung des Personalbedarfs und die Freisetzung bzw. der Abbau von Arbeitskräften. Obgleich bislang genaue empirische Daten darüber ausstehen, welcher Anteil der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit technologisch bedingt ist, gehen eine Reihe von Untersuchungen davon aus, daß mindestens die Hälfte der Arbeitsplatzverluste der letzten Jahre technologisch gestützten Rationalisierungen zuzuschreiben ist. Derartige Freisetzungen erzeugen nun für die soziale Sicherung einen Schereneffekt: Die Beitragszahlungen an ALV, GRV und GKV fallen - mangels Beitragszahlern (Beschäftigten) -, während gleichzeitig die Auszahlungsansprüche wegen Arbeitslosigkeit, Frühverrentung etc. massiv ansteigen. Die lohnarbeitsbezogenen wohlfahrtsstaatlichen Sicherungen geraten damit - technologiebedingt - unter fiskalischen Druck.

- Die Preiskomponente der Beschäftigung

Auf dem Arbeitsmarkt schlagen nicht nur die Niveaueffekte der Beschäftigung zu Buche; für die soziale Sicherung kann auch eine durch die neuen Technologien ausgelöste Veränderung der relativen Faktorpreise kritisch werden. Wenn neue Technologien einerseits die gesamtwirtschaftliche Lohnsumme drücken und andererseits die Löhne für unqualifizierte Arbeit (aufgrund der Konkurrenz durch high-tech Maschinen) senken, dann führt dies - da die Sozialversicherungsbeiträge auch in ihrer Höhe lohnabhängig sind - zu Beitragsausfällen. Ähnliches, nämlich potentiell Beitragsverluste, können jedoch auch im gegenteiligen Fall einer durch Höherqualifikation ausgelösten Einkommenssteigerung wirksam werden; dann nämlich, wenn die Einkommenszuwächse bei solchen Einkommensschichten anfallen, die bereits jenseits der Beitragsbemessungsgrenze angesiedelt sind. Einkommenssteigerungen in jenem Bereich sind nämlich bekanntlich beitragsfrei.

- Struktureffekte des Arbeitsmarktes

Eines der meistgenannten Argumente gegen neue Technologien zielt auf Strukturbrüche im Arbeitsmarkt. So werden etwa unter dem Stichwort "Telearbeit", "Heimarbeit" etc. durch neue Technologien die Möglichkeiten geschaffen, nach Maßgabe betriebswirtschaftlicher Rentabilität Arbeitsplätze aus den Unternehmen in die Wohnung von Beschäftigten auszulagern. Die vieldiskutierte Flexibilisierung der betrieblichen Arbeitszeit wird überlagert und ersetzt durch eine räumliche Flexibilisierung des Arbeitsstandorts und der Arbeitsorganisation. Wenngleich die quantitative Bedeutung dieser Prozesse gegenwärtig in der Bundesrepublik noch sehr gering ist, so gilt es doch angesichts der Tatsache, daß ca. ein Drittel aller Arbeitsplätze potentiell durch neue Technologien zugriffgefährdet sind, die Wirkungen auf die Sozialpolitik zu problematisieren. Da Heimarbeit meist in der rechtlichen Form formaler Selbständigkeit betrieben wird oder gar in Form "geringfügiger Beschäftigung" (410,-DM-Arbeitsplätze) geregelt ist, kommt es hier zu Beitragsausfällen (fiskalischer Effekt), zur Privatisierung sozialer Risiken (Sicherungslückeneffekt) sowie zur Verschärfung der Risiken im Bereich von Arbeitssicherheit und Arbeitsschutz (Risikoerzeugungseffekt), wobei insbesondere das letztere die Sozialversicherungen mit neuen Ausgaben konfrontiert.

- Veränderung der Machtpositionen und Konfliktstrukturen

Das System der sozialen Sicherung dient seit jeher immer auch als dämpfen-

des Polster gegen gesellschaftliche Antagonismen und Konflikte. In diesem Zusammenhang wird nun die These vertreten, daß neue Technologien in ihrem Wirkungszusammenhang eine Destabilisierung der industriellen Beziehungen implizieren. Gleichzeitig wird aber auch das institutionelle Konfliktregelungsmuster im sozialpolitischen Bereich zunehmend aufgeweicht: Neue Konfliktfronten entstehen, die - gleichsam quer zur früheren hegemonialen Konfliktlinie zwischen Kapital und Arbeit - sich um gruppenspezifische Belange und neue Zielqualitäten zentrieren: etwa der Konflikt zwischen Arbeitsplatzinhabern und - dauerhaft - Arbeitslosen, ein Verteilungskonflikt um knappe Jobs; der Konflikt zwischen den Aktiven und den - technikbedingt freigesetzten - (Früh-)Rentnern; ein Konflikt um Steuer- bzw. Beitragslasten versus Rentenleistungen und Auszahlungen; der Konflikt zwischen kinderreichen Familien mit oft nur einem "Ernährer" und kinderlosen Doppelverdienerehepaaren; ein Konflikt um Einkommenserzielungschancen und Alterssicherung (Generationensolidarität) etc.

- Veränderung der Arbeitsqualität und -inhalte

Die Arbeit mit neuen Technologien, sei es im Betrieb oder in Heimarbeit, ist mit erheblichen psycho-sozialen Effekten verbunden. An die Stelle der tradierten physischen treten nun - so zeigen verschiedene empirische Studien - psychische Belastungen, die aus einer mit neuen Technologien einhergehenden Entleerung der sozialkommunikativen und affektiven Bindungen im Arbeitsprozeß resultieren. Die Zahl derer, für die der Arbeitsprozeß eine Quelle von positiven Erfahrungen und individuellen Bildungsprozessen ist, wird zunehmend kleiner.

An dieser Stelle müssen wir darauf verzichten, verschiedene in der politischen und wissenschaftlichen Diskussion befindliche Reformkonzepte genauer auszuleuchten und auf ihre Brauchbarkeit hin zu hinterfragen (sh. hierzu Gretschmann/Heinze 1985, 72ff). Stattdessen seien hier abschließend die groben Entwicklungslinien skizziert, die kleine, mittlere und grundlegende Lösungskonzepte umgreifen.

Bei den kleinen Lösungen gegenüber der durch Technologieentwicklung bedingten Krise der sozialen Sicherungen handelt es sich einerseits um Reorganisations- und Finanzausgleichsneuregelungen innerhalb der Sozialversicherungsapparatur selbst und um Auslagerung von finanzrelevanten Risiken via Privatisierung andererseits. Letztere, in unterschiedlichen Varianten wie tariflichen oder betrieblichen Strategien oder individueller Privatisierung vor-

getragen, weisen entweder deutliche Sicherungslücken gerade auch dort auf, wo das gegenwärtige System schon nicht befriedigend funktioniert, oder die Lasten werden denen zugewiesen, die eh bereits am schwersten an diesen tragen. Bei den Reorganisationsmaßnahmen könnten höchstens die Einführung einer Arbeitsmarktabgabe (in der ALV) bzw. eine erweiterte Versicherungspflicht (in der GKV), bei den Finanzausgleichsregelungen allenfalls eine stärkere Heranziehung des Bundes - vorübergehend - Entlastungen schaffen.

Als Lösung mittlerer Reichweite können steuerfinanzierte Ansätze einerseits, eine Wertschöpfungsabgabe andererseits betrachtet werden. Die Lösung der Sicherungsprobleme etwa über eine massive Mehrwertsteuererhöhung hat allerdings zwei problematische Effekte, nämlich mögliche Steuerwiderstände aufgrund fehlender Äquivalenzeinsicht; gravierender aber ist die Möglichkeit einer unternehmerischen Steuerüberwälzung, was deren Entbindung aus den Sozialverpflichtungen und eine Belastung breiter Bevölkerungsschichten implizieren würde. Dem scheint die Konstruktion einer Wertschöpfungsabgabe ("Maschinensteuer"), d.h. eine neue Bemessungsgrundlage für die Arbeitgeberbeiträge, überlegen. Hierdurch könnte die überproportionale Belastung arbeitsintensiver Unternehmen abgeschwächt werden. Rationalisierende Unternehmen könnten sich nicht mehr aus der Finanzierungsverantwortung des sozialen Sicherungssystems selbständig entlassen. Problematisch bei dieser ansich stimmigen Orientierung bleiben die Implementation des Übergangs und die Kalkulation der Folgewirkungen.

Angesichts dieser Problematik wird das Augenmerk auf zwei eingriffstiefe Lösungskonzepte umfassender Reichweite gelenkt: Die Schaffung eines allgemein garantierten Minimums und das Modell von Sozialtätigkeitsgutscheinen. Auch wenn jedoch ein Minimumeinkommen sozial einleuchtend erscheint, so sind doch Bedenken zu erheben: Die Finanzierungsvorschläge sind trotz aller Bemühungen noch unterentwickelt, allzuvielen Verteilungseffekte sind noch nicht ausreichend analysiert, es besteht die Möglichkeit zum Cut-Back sozialer Leistungen mittels Minimum, und schließlich würde Arbeit als sozial bindende Betätigung desavouiert.

Eine selektive Minimumgarantie für den informellen Sektor, die Selbsthilfekollektive und den zweiten Arbeitsmarkt unterstützt, führt folgerichtig zur Gutscheinelösung: Erwerb von eigener Anspruchsberechtigung durch gesellschaftlich sinnvolle Arbeit im entstaatlichten Bereich sozialer Sicherung. Deren Entlastungs- und Sicherungswirkung (im tatsächlichen Sinn des Wortes) ist jedoch von einer Vielzahl bislang unerforschter Gestaltungs- und Umweltfaktoren abhängig (vgl. Offe/Heinze 1986 sowie die Beiträge in Heinze 1986).

- 1) Der vorliegende Beitrag steht im Zusammenhang eines von den Verfassern geleiteten Forschungsprojekts zum Thema "Neue Technologien und soziale Sicherung", das im Rahmen der "Sozialverträglichen Technikgestaltung" vom MAGS in NRW finanziert wird.

Literatur:

- GRETSCHMANN, K./HEINZE, R.G. 1985: Neue Technologien und soziale Sicherung, Düsseldorf (Werkstattbericht Nr. 2/MAGS)
- HEINZE, R.G. (Hg.) 1986: Neue Subsidiarität - Leitidee für eine zukünftige Sozialpolitik?, Opladen
- OFFE, C./HEINZE, R.G. 1986: Am Arbeitsmarkt vorbei. Sozialökonomische Faktoren einer Reorganisation "haushaltlicher" Wohlfahrtsproduktion, MS (erscheint im LEVIATHAN H. 4/1986)